

Freisinnige

Freiheit, Wohlstand, Sicherheit

Wahlprogramm Wien 2025

1. Schluss mit Asyl und Sozialismus

Infolge der EU-Politik können Asyl-Migranten aus aller Welt weitgehend ungehindert nach Österreich gelangen. Die besonders üppige Mindestsicherung in Wien in Verbindung mit Gemeindewohnungen bzw. Mietbeihilfen haben dazu geführt, dass es besonders viele Sozialstaat-Migranten nach Wien zieht, was zu hohen Sozialausgaben, hoher Kriminalität und einer Überlastung von Schulen, Ärzten und Krankenhäusern führt.

Wir wollen, dass Wien die **niedrigste Sozialhilfe Österreichs** bezahlt und keine Gemeindewohnungen mehr vergibt (vgl. Kapitel „Leistbares Wohnen, leistbares Eigentum“). Das würde dazu führen, dass sich Familienclans aus dem Orient das Leben in Wien nicht mehr leisten können und veranlasst wären, wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Die bürgerliche Regierung in Schweden hat mit derselben Strategie bereits erreicht, dass wieder mehr Asyl-Migranten aus- als einwandern. Zusätzlich würden auch wieder mehr schon länger ortsansässige Ausländer und Österreicher veranlasst werden, einer Arbeit nachzugehen statt Mindestsicherung zu beziehen, die Arbeitslosigkeit und der Arbeitskräftemangel in Wien würden sinken.

Die Stadt Wien besitzt eine Vielzahl von Unternehmen, deren Geschäftstätigkeit nichts mit dem öffentlichen Auftrag einer Stadt zu tun hat. Immer wieder gibt es Berichte zu fragwürdigen Geschäftsbeziehungen zwischen der Stadt Wien und SPÖ-nahen Unternehmen. Die Stadt Wien sollte unnötige Unternehmensbeteiligungen veräußern und den Erlös für die Reduktion der Schulden verwenden. Die Wien Energie sollte die Fernwärmeproduktion der Wiener Netze übernehmen und nach dem Vorbild der EVN an die Börse gebracht werden.

Die Statue des kommunistischen Massenmörders Che Guevara im Donaupark sollte abgerissen werden. Stattdessen sollte ein Denkmal für die bedeutendsten Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie errichtet werden: Carl Menger, Eugen von Böhm-Bawerk, Ludwig von Mises und Friedrich August von Hayek.

2. Sparen bei der Bürokratie und bei den NGOs

Rot-Pink hat das Budgetdefizit der Stadt Wien in die Höhe getrieben. Wenn Rot-Pink an der Macht bleibt, dann drohen massive Gebührenerhöhungen. Wir Freisinnige hingegen wollen bei der Bürokratie und bei den NGOs sparen.

Nach dem Vorbild des argentinischen Präsidenten Milei würden wir systematisch das aufgeblähte Regelwerk der Stadt durchforsten. Weniger und einfachere Regeln führen zu weniger Ärger für die Bürger und weniger Aufwand für die Verwaltung. Zudem wollen wir die Praxis beenden, dass die Stadt Wien großzügig Steuergelder an NGOs (Non-Government Organisations / Nichtregierungsorganisationen) verteilt. Non-Government bedeutet für uns: kein Steuergeld. Non-Government heißt auch, dass die demokratiepolitisch bedenkliche Praxis, Verwaltungsaufgaben an NGOs auszulagern, ein Ende finden sollte.

3. Eine Stadtpolizei für Wien

Infolge des EU-Beitritts ist die Asyl-Zuwanderung massiv gestiegen. Wien war einst die sicherste Stadt der Welt. Mittlerweile ist Wien an manchen Orten und zu manchen Zeiten gefährlich geworden, vor allem für Frauen. Wien ist Chicago geworden.

Die im Kapitel „Schluss mit Asyl und Sozialismus“ vorgeschlagenen Maßnahmen werden dazu führen, dass - ähnlich wie in Schweden - mehr Asyl-Migranten Wien verlassen als neu zuwandern und somit mittelfristig auch die Sicherheit in Wien wieder erhöht wird. Kurzfristig braucht es aber auch mehr Polizei. Die Stadt Wien fordert regelmäßig mehr Polizei, der Bund stellt diese aber nicht in ausreichendem Ausmaß bereit.

Die Stadt Wien sollte daher selbst tätig werden und eine eigene Stadtpolizei schaffen. Andere Großstädte auf der Welt haben bereits eine Stadtpolizei. Die Stadtpolizei sollte nicht in Konkurrenz zur Bundespolizei treten, sondern diese ergänzen. Die Stadtpolizei soll primär für die Sicherheit auf den Straßen und im öffentlichen Verkehr sorgen, insbesondere dort, wo dies derzeit unzureichend gewährleistet ist.

4. Leistbares Wohnen, leistbares Eigentum

Das Angebot auf dem freien Wohnungsmarkt in Wien ist knapp, einerseits aufgrund der hohen Nachfrage durch die starke Zuwanderung, und andererseits weil die Stadt Wien mit ihren Gemeindebauten und die politiknahen sogenannten gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften den Wohnungsmarkt dominieren. Marktwirtschaftlich finanzierte, private Wohnbauträger werden rechtlich gegenüber dem kommunalen Wohnbau und den gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften benachteiligt. Diese Diskriminierung des privaten Wohnbaus muss beendet werden.

Die sogenannten gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften sind politiknah, was man oft schon an den Führungskräften leicht erkennen kann. Genossenschaftsmietern werden oft keine Genossenschaftsanteile angeboten, was dazu führt, dass selbst große Wohnbaugenossenschaften, die tausende Wohnungen besitzen, nur recht wenige Genossenschafter haben. Vielfach verzichten Genossenschaftsmieter auf ihr Recht, ihre Wohnung zu erwerben. Berichten zufolge wird den Mietern die Nutzung der Kaufoption geradezu ausgedreht. Die Miet- und Nebenkostenabrechnungen von Wohnbaugenossenschaften sind selbst für wirtschaftlich geschulte Menschen oft nur schwer nachvollziehbar. Wir wollen die **Genossenschaftsmieter stärken**: Die Miethilfe- und Schlichtungsstelle für wohnrechtliche Angelegenheiten der Stadt Wien soll verstärkt auch Genossenschaftsmieter unterstützen und zwar nicht nur hinsichtlich Miet- und Nebenkostenabrechnungen beraten, sondern auch beim Erwerb von Genossenschaftsanteilen und Wohnungen.

80 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sollte sich die Stadt Wien aus dem Wohnbau zurückziehen und diesen der Privatwirtschaft überlassen. Die Stadt Wien sollte die **Bauordnung entrümpeln**, damit der Wohnbau billiger wird.

Ein großer Teil der frei werdenden Gemeindewohnungen wird mittlerweile an Migranten vermietet, das EU-Recht verpflichtet die Stadt Wien dazu. Der Großteil der Österreicher ist hingegen darauf angewiesen, auf dem freien Wohnungsmarkt eine geeignete Wohnung zu finden. Frei werdende Gemeindewohnungen sollen nicht mehr vermietet, sondern auf dem freien Wohnungsmarkt verkauft werden. Der Mietadel sollte abgeschafft werden, Gemeindewohnungen sollten nicht mehr vererbt

werden. Durch diese Maßnahmen würden viele ehemalige Gemeindewohnungen auf den freien Wohnungsmarkt kommen und das **Wohnungsangebot für die Österreicher würde steigen**. Österreichische Gemeindebau-Mieter sollten das Recht erhalten, ihre Wohnung zu kaufen.

5. Mehr Wettbewerb, günstige Energie

Die Energiemarkt-Liberalisierung bei Gas und Strom hat für Wettbewerb und niedrigere Preise gesorgt. Bei der Fernwärme hingegen kommt man dem landesfürstlichen Monopolisten nicht herum und dementsprechend hoch sind die Preise.

Die Stadt Wien missbraucht die sogenannte Energiewende dazu, um **die Marktmacht ihres Fernwärme-Monopols** brutal auszubauen. Mit dem unseligen Erneuerbare-Wärme-Gesetz hat die schwarz-grüne Bundesregierung den Einbau von Gas- und Ölheizungen im Neubau verboten, die landesfürstlichen Fernwärme-Lieferanten dürfen aber weiterhin Wärme aus Gas und Öl erzeugen. Um möglichst viele Bürger ihrem Fernwärme-Monopol zu unterwerfen, geht die Stadt Wien noch einen Schritt weiter: Förderungen für Wärmepumpen-Heizanlagen gibt es nur, wenn kein Fernwärmeanschluss möglich ist, während der stadt-eigene Fernwärme-Monopolist mit Steuergeld-finanzierten Förderungen überschüttet wird. Darüber hinaus gewährt der stadt-eigene Fernwärme-Monopolist Großabnehmern sehr großzügige Rabatte, während Privat- und Gewerbekunden sowie Betreiber von Hausanlagen-Wärmeanlagen teuer einkaufen müssen. Der Fernwärme-Monopolist treibt das Monopol sogar in die Häuser hinein: Für die Übernahme der Fernwärme im jeweiligen Haus muss eine sogenannte Hausstation errichtet werden. Die Stadt Wien fördert deren Errichtung nur, wenn die Arbeiten durch den Fernwärme-Monopolisten durchgeführt werden, private Konkurrenz ist unerwünscht!

Um für **günstigere Energie** zu sorgen, wollen wir **raus aus dem Fernwärme-Zwang** und mehr **Wettbewerb bei der Fernwärme**:

1. **Private Wärmeerzeuger** (wie z.B. die Raffinerie Schwechat) **sollen** über das Fernwärmenetz der Stadt Wien **direkt die Endkunden beliefern dürfen**, so wie es beim Gas funktioniert.
2. **Dezentrale, private Wärme- und Kälteversorger**, die z.B. ganze Wohnhausanlagen versorgen, **sollten bei der Technologiewahl so frei wie die Fernwärme Wien sein** und daher z.B. Wärme und Kälte auch mittels effizienter Gasanlagen erzeugen dürfen.
3. **Fairer Wettbewerb zwischen den Energieträgern**, daher sollte die Förderung von Fernwärme-Anschlüssen beendet werden.

6. Für ein Autofahrer-freundliches Wien

Die rot-pinke Stadtregierung betreibt eine Autofahrer-feindliche Politik: Straßen werden künstlich verengt, Fahrstreifen reduziert, Parkplätze vernichtet. Wir werden diese Autofahrer-feindlichen Projekte beenden.

Mittlerweile braucht man in ganz Wien ein Parkpickerl. Das kostet zwar viel Geld, erlaubt aber nur das Parken im Wohnbezirk. Wer für ein Parkpickerl bezahlt, soll künftig in ganz Wien parken dürfen. In Gegenden mit besonders hohem Verkehrsaufkommen sollen die Interessen der Anrainer durch Anrainer-Parkplätze gewahrt bleiben.

7. Mehr Demokratie in den Bezirken

In anderen Bundesländern wird sehr vieles nahe beim Bürger in den Gemeinden entschieden, in Wien hat der Landtag eine unglaubliche Machtfülle, während die Bezirke nur relativ wenig entscheiden können.

Wir wollen die folgenden Kompetenzen auf die Bezirksebene verlegen:

- **Umwidmungen:** Wien widmet immer mehr Grünland in Bauland um, dieses Zubetonieren würde durch Verlagerungen der Entscheidungen auf die Bezirksebene zumindest deutlich gebremst werden.
- **Fahrradwege und Parkplätze:** die Prioritäten sollen im Bezirk gesetzt werden.
- **Tourismus & Einzelhandel:** die Bezirke sollen den ganzen Bezirk oder Teile davon zu Tourismuszonen erklären können, wodurch liberalere Öffnungszeiten für Geschäfte ermöglicht werden würden. Wir denken, dass es überhaupt keine Regelungen für den Ladenschluss braucht, zumindest sollte aber eine Ladenöffnung wie in Salzburger Tourismusorten zu ermöglicht werden, wo die Geschäfte auch am Sonntag offen sind.

Hinsichtlich aller Beschlüsse, die Kompetenz des Bezirks sind, sollen künftig 25% der Bezirksräte des jeweiligen Bezirkes bewirken können, dass in Bezug auf eine geplante Änderung eine Bezirks-Volksabstimmung durchgeführt wird.

8. Direkte Demokratie für Wien

1/3 der Gemeinderäte soll künftig eine Volksabstimmung zu allen Themen erwirken können, die in die Kompetenz des Landes und der Stadt Wien fallen.

In Wien soll eine Volksinitiative nach Schweizer Vorbild eingeführt werden. Wenn eine ausreichende Anzahl von Wienerinnen und Wienern eine Volksinitiative unterstützen, dann soll diese eine Volksabstimmung zur Folge haben und zwar zu allen Themen, die in die Kompetenz des Landes und der Stadt Wien fallen. Wie im Kanton Zürich sollen auch in Wien für das Erwirken einer Volksabstimmung 6.000 Unterstützungserklärungen erforderlich sein.